

# Avanti <sup>2</sup>

Theoriebeilage

Trump und der  
Trumpismus  
von  
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

# BUTTER STATT KANONEN!



## INHALT

## TITEL

- 01 BUTTER STATT KANONEN**  
Was sonst?

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**  
Kurz & knapp?

## SEITE DREI

- 03 BUTTER STATT KANONEN**  
Was sonst?

## OSTERMARSCH

- 04 AUFRÜSTUNG STOPPEN**  
Alternativen stärken

## DAS GESPRÄCH

- 05 KÜRZUNGEN IN MONNEM**  
Und nun?

## ARBEITSWELT

- 06 IGM-AKTIONSTAG**  
Fortsetzung erforderlich

- 07 BETRIEBSVERSAMMLUNG**  
Chance für Résistance?

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

am 13. März hat die noch nicht amtierende Koalition Grundgesetzänderungen der „Schuldenbremse“ im alten Bundestag durchgepeitscht. Gigantische „Sondervermögen“, sprich Sonderverschuldungen, für die weitere Aufrüstung und eher dubiose „Infrastrukturprojekte“ im Interesse der Margen von Konzernen sind dadurch möglich.

Dafür soll die große Mehrheit der Bevölkerung noch mehr zur Kasse gebeten werden als bisher, frei nach dem Motto von 1936:

„Kanonen statt Butter.“ Die AfD wird's freuen.

In dieser Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> setzen wir uns insbesondere mit dieser neuen Etappe der „Zeitenwende“ und den Herausforderungen der erforderlichen Gegenwehr auseinander.

In der Beilage veröffentlichen wir Helmut Dahmers vorzügliche Analyse des Trumpismus.

Wir hoffen, dass die April-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> Euch zum Handeln ermutigt.

*Eure Redaktion*

*Titelbild: Auf Berliner Straßen, 1945/1946.  
Foto: Abraham Pisarek (1901-1983), Deutsche Fotothek,  
gemeinfrei (CC BY-SA 3.0 DE). Bildbearbeitung: Avanti<sup>2</sup>.*

## INHALT

## ANTIFASCHISMUS

- 08 FASCHISMUS 2.0**  
Geschichte als Wiederholung
- 09 FRÜHJAHRSSEMINAR**  
Widerstand statt „Brandmauer“?

## INTERNATIONAL

- 10 FRANKREICH**  
Macrons Durchmarsch

## ISO / IV. INTERNATIONALE

- 11 NACH DEN WAHLEN**  
Grundrechte verteidigen?

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 500 JAHRE BAUERNKRIEG (III)**  
Die Bauernschlächter

- 12 TERMINE**

## THEORIEBEILAGE

- 01 TRUMP UND DER TRUMPISMUS**  
Totengräber der US-Demokratie?

## Massenflucht der Lachse in Norwegen

R. S.

**D**er Schlachtmenge der Zuchtlachse in Norwegen von 520.000 t (2024) stehen 100 Millionen Zuchtlachse (2023) gegenüber, die zusammengepfercht in Käfigen werden. Vor wenigen Wochen brachen 27.000 Lachse aus einer Zuchtanlage im Bezirk Troms aus. Laut der Verbraucherorganisation Foodwatch entkommen pro Jahr etwa 200.000 Zuchtlachse aus den Käfigen und vermengen sich mit dem im Bestand gefährdeten Wildlachs aus dem Atlantik. Die genetisch veränderten Zuchtlachse sind für Wildlachs und andere Fische hoch gefährlich. Aber: Die Lachszucht in Norwegen ist ein lukratives Geschäft und hat schon mehrere Multi-Milliardäre hervorgebracht. (Quelle: FR, 4. 03. 2025.) ■

K  
U  
R  
Z  
&  
K  
N  
A  
P  
P

## Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

R. S.

**B**isher wollten Grüne und SPD Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch streichen. Doch der Rechtsausschuss des alten Bundestags hat die Beratung von der Tagesordnung gestrichen. Die SPD hat sich bis auf eine Stimme enthalten. Deshalb kam es zu keiner Abstimmung über einen bereits vorliegenden Gesetzesentwurf.

Dabei sprechen sich 74 % der Deutschen in einer repräsentativen Forsa-Umfrage dafür aus, Schwangerschaftsabbrüche künftig innerhalb der ersten zwölf Wochen ohne Einschränkungen zu erlauben.

Dem Kampf für die Rechte der Frauen fehlt im Parlament offensichtlich die erforderliche Unterstützung. (Quelle: FR, 15.03.2025; *Stern*, 27.11.2024.) ■

# Butter statt Kanonen

## Was sonst?

U. D.

**Der „alte“ Bundestag hat kurz vor dem Ende seiner Wahlperiode die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz geändert. Mit einem parlamentarischen Manöver haben CDU/CSU und SPD – unterstützt von den Grünen – ein hunderte Milliarden Euro schweres Aufrüstungs- und Infrastrukturpaket durchgedrückt, das Deutschland „kriegstüchtig“ machen soll.**

**D**abei soll es für die Aufrüstung keine Obergrenze geben. Parallel dazu hat die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ein europäisches Aufrüstungsprogramm in Höhe von 800 Milliarden Euro auf den Weg gebracht.

### Neuer Lack für alte Lügen

Begründet wird dieser Rüstungswahnsinn mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die russischen Expansionsziele Putins und die „neue“ US-Außenpolitik unter Trump, der den „Europäern“ nicht wie bisher militärisch beistehen will.

Deutschland und Europa müssten „kriegstüchtig“ werden, um „Freiheit, Demokratie und westliche Werte“ verteidigen zu können. Aber welche Werte sind gemeint? Diejenigen, mit denen Trump und Erdogan ihre Politik begründen? Diejenigen, mit denen die israelische Armee in Gaza das palästinensische Volk vertreibt und ermordet? Oder diejenigen, mit denen in Deutschland das Menschenrecht auf Schutz und Asyl beseitigt wird?

### Panzer statt Busse & Bahn

Dieses gewaltige Aufrüstungsprogramm wird in den kommenden Jahren Deutschland und Europa verändern und in eine Kriegswirtschaft „transformieren“. Große und kleine Firmen werden ihre Produktion auf profitable Rüstungsgüter umstellen, anstatt gesellschaftlich sinnvolle Güter zu produzieren. Milliarden Euro werden damit in die Produktion von Waren fließen, die der Vernichtung dienen und am Ende selbst zerstört werden. Dies türmt nicht nur immense Schulden auf, sondern heizt auch die Inflation an.

Von Aufrüstung und Krieg profitieren immer nur die Reichen und Konzerne. Die Zeche zahlt die arbeitende Klasse mehrfach. Die Aufrüstung mit Sozialabbau, der Einschränkung ihrer Rechte und ihres Lebensstandards und den Krieg mit Vertreibung, Flucht, ihrer Gesundheit und ihrem Leben.

### „Kanonen statt Butter?“

Der Hitler-Faschist Rudolf Heß prägte 1936 den Spruch „Kanonen statt Butter“. Die heutigen Rüstungseinpeitscher „argumentieren“ weniger plump. Sie haben das Gesamtpaket mit unverbindlichen Zusagen sozial, ökologisch und wirtschaftlich schöngefärbt: 100 Milliarden für den Klimaschutz und weitere 100 Milliarden für die Länder und Kommunen. Aber die konkrete Ausgestaltung wird Sache der künftigen Regierung sein. Daher ist völlig offen wie, wann, wo und ob überhaupt diese Gelder zur Verfügung stehen.

Doch eines ist schon jetzt klar: Die Aufrüstungsschulden müssen bezahlt werden. Im Gegensatz zu Merz, Klingbeil und Baer-

bock gibt darauf der Regierungsberater und Präsident des prokapitalistischen IFO-Instituts, Fuest, eine ehrliche Antwort: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ (Zitat nach tageschau.de.)

### Sagt NEIN zu Aufrüstung und Krieg

Die Krisen des globalen Kapitalismus vertiefen sich. Dies hat zum Erstarken extrem nationalistischer, autoritärer und faschistischer Strömungen und Parteien geführt. Neben Rassismus und Ausgrenzung kommen jetzt noch beschleunigte Aufrüstung und zunehmende Militarisation der Gesellschaft hinzu. Dies alles spitzt die globalen wirtschaftlichen und politischen Konflikte massiv zu und erhöht dramatisch die Kriegsgefahr.

Die heutige Hauptursache für Aufrüstung und Krieg ist das kapitalistische Weltsystem. Es sichert die Kapitalmacht und handelt im Profit-Interesse von wenigen, während es für Milliarden Menschen nur Elend, Krieg und Tod bereithält.

Darum muss der Kampf gegen Aufrüstung, Militarismus und Kriegsgefahr mit dem Kampf gegen dieses Profitsystem verbunden werden. Nur die Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer rätendemokratischen, ökologischen und sozialistischen Gesellschaft schafft die Voraussetzungen für globalen Frieden.

- Organisieren wir, wo immer wir leben, lernen und arbeiten, den Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg.
- Setzen wir uns besonders in den Gewerkschaften und der Arbeitswelt für eine internationalistische Antikriegspolitik ein.
- Unterstützen wir die Ostermärsche und andere Aktionen der Friedensbewegung. ■



Ostermarsch in Mannheim, 30. März 2024.

Foto: Helmut Roos.

# Ostermarsch 2025 unterstützen – Kriegstreiber und Kriege stoppen!

Am Samstag, den 19. April 2025, startet um 13 Uhr auf den Kapuzinerplanken / O5 der Mannheimer Ostermarsch. Am Montag, 21. April, findet ab 15:00 Uhr eine abschließende Kundgebung vor den Coleman Barracks statt.

Wir dokumentieren im Folgenden den Aufruf des örtlichen Bündnisses Ostermarsch 2025, das von 14 Gruppierungen (darunter die ISO Rhein-Neckar) unterstützt wird.

## „Friedensfähig statt kriegstüchtig – Abrüstung statt Aufrüstung“ Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland

Die Aufnahme von Verhandlungen mit Russland zur Beendigung des Krieges in der Ukraine, durch die USA, ist zu begrüßen. Auch wenn Trump alles andere als ein Friedensengel ist (siehe Gaza) und die USA dabei ihre eigenen geostrategischen Ziele verfolgen (die Isolation Chinas als ihren „Hauptfeind“), so sind Friedensverhandlungen zur Beendigung des Tötens und Zerstörens alternativlos. Laut einer Umfrage des Gallup-Institutes vom Ende letzten Jahres wünscht sich eine Mehrheit von 52 Prozent der Ukrainer:innen inzwischen Friedensgespräche mit Russland, nur 38 Prozent wollen weiterkämpfen. Damit hat sich die öffentliche Meinung in der Ukraine seit Beginn des Krieges gewendet. Auf Dauer erfolgreiche Friedensverhandlungen, die beiden Seiten nutzen, erfordern allerdings vertrauensbildende Maßnahmen hin zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, die auf Demilitarisierung, Rüstungskontrolle und Abrüstung beruht.

Gleiches gilt auch für die zunehmende Militarisierung in Deutschland. Die geplante Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ist Bestandteil einer Erstschlagfähigkeitsstrategie der USA gegen Russland und hebelt das Gleichgewicht der Abschreckung aus. Russland wäre wieder im Daueralarmzustand in Erwartung eines schnellen Enthauptungschlages durch die USA. Deutschland wäre das geplante Schlachtfeld – wie schon vor 40 Jahren – nur mit dem Unterschied, dass diesmal keine Verhandlungen vorgesehen sind. Diese Verhandlungen führten damals zu wich-

tigen Abrüstungskontrollverträgen und letztendlich zum friedlichen Fall der Mauer. Die Abschreckung ist fragil und kann nur unter Abschaffung der Atomwaffen durch eine sicherere Friedensordnung ersetzt werden. Ein erster notwendiger Schritt ist die Unterschrift Deutschlands unter den Atomwaffenverbotsvertrag der UN von 2021.

AfD, CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen überbieten sich derzeit mit Forderungen nach einer nie gekannten Rüstungssteigerung. Schon eine Erhöhung auf 2 % des BIP wird nur durch einen massiven Sozialabbau, Verzicht auf Bildung und Investitionen in Klima- und Umweltschutz erreicht. Die geplante Erhöhung des Rüstungsetats dient vor allem der Waffenbeschaffung und damit den Profiten der Rüstungsindustrie. Sie werden aber nicht unsere Sicherheit erhöhen. Mit einer umfassenden Militarisierung der Gesellschaft sollen jetzt alle vorhandenen Ressourcen einer Kriegsvorbereitung untergeordnet werden. Dies gefährdet nicht nur unsere Sicherheit, sondern schürt auch faschistische Tendenzen, die durch Sparvorhaben im Sozialen und Bildungsbereich zusätzlich befeuert werden.

Konkrete Friedensverhandlungen mit Sicherheitsgarantien sind bisher leider nicht Gegenstand des öffentlichen Diskurses in Deutschland. Sowohl für den Ukrainekrieg als auch den Nahost-Krieg wurde dieser Weg bereits mehrfach durch die internationale Staatengemeinschaft angedacht. Wir fordern die Bundesregierung auf, Bestandteil einer solchen Lösung zu werden, anstatt lediglich Waffen zu liefern! Der Krieg in der Ukraine muss schnellstens beendet werden. Das gilt auch für den Nahen Osten. In Gaza findet ein Völkermord statt und der gesamte Nahe Osten ist ein Ort der Verwüstung und der Auslöschung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Dies gilt erst Recht für die von Trump und der israelischen Regierung geplante Vertreibung der Palästinenser:innen aus Gaza. Andere Kriegsschauplätze wie zum Beispiel im Sudan, Jemen, Kongo, Rojava in Syrien, erhalten hier kaum noch Aufmerksamkeit.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die UNO und den internationalen Strafgerichtshof zu stärken. Internationale Regeln müssen für alle gelten. Alle Kriegsverbrecher müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt werden. „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ (Willy Brandt). Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen möglich. ■



Ostermarsch in Mannheim, 30. März 2024.

Foto: Helmut Roos.

# „Allein gelassen“

INTERVIEW MIT EINER AKTIVISTIN DES BÜNDNISSES „SOLIDARITÄT STATT PRIVILEGIEN“

**Der neu verabschiedete Haushaltsplan der Stadt Mannheim sieht vielfache Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich vor. Aktive aus dem Bereich der Kultur und des Sozialen haben sich im Protest dagegen zu dem Bündnis „Solidarität statt Privilegien“ zusammengefunden. Wir haben mit einer Aktivistin aus dem Bündnis gesprochen.\***

**Welche Art von Projekten sind von den Kürzungen besonders betroffen?**

Die Kürzungen im städtischen Haushalt für 2025/2026 sind vielfältig. Ich nenne hier ein paar Beispiele:

- Bei der AWO [Arbeiterwohlfahrt] – die sozialpsychiatrische Tagungsstätte,
- beim Antidiskriminierungsbüro [ADB] – Reduzierung von Personal,
- bei der Caritas – „dahääm. starke Familien – sicheres Zuhause“ und die Seniorenberatung, beim „Alter“ – war von Schließung bedroht,
- beim Interkulturellen Haus,
- beim Queeren Zentrum Mannheim [QZM] – an drei Stellen sind die Beratungsmöglichkeiten nicht mehr möglich.

Wir meinen, dass diese Kürzungen vor allem Einrichtungen betreffen, die für Menschen wichtig sind, die am Rande der Gesellschaft leben, die zu marginalisierten Gruppen der Gesellschaft gehören oder die migrantischen Hintergrund haben.

**In Zeiten der „Haushaltskrise“ wird gerne an Kulturellem und Sozialem „gespart“ und gekürzt. Warum findet ihr das falsch? Weshalb legt Ihr – vielleicht gerade auch in diesen Zeiten – so viel Wert auf diesen Bereich?**

Was wir hier spüren, ist ein rechter Sozialabbau auf kommunaler Ebene, der sich vor allem auf interkulturelle und progressive Projekte ausrichtet. Der Kampf um diese Projekte ist von daher nicht nur der „vereinzelte“ Kampf, sondern auch der Kampf gegen eine rechte Haushaltspolitik und im Kontext des allgemeinen Rechtsrucks zu betrachten.

In der Praxis bedeuten der Rechtsruck und rechte Mehrheiten nicht zwangsläufig die Einführung des Faschismus über Nacht. Sie bedeuten den stückweisen Umbau unserer Gesellschaft: Zurückdrängen progressiver und linker Handlungsspielräume, Rücknahme von Errungenschaften wie Ar-

beiter:innen- und Sozialrechte oder Klimaschutzmaßnahmen und den schrittweisen Ausbau des autoritären Staates.

**Am 15. Februar 2025 sind in Mannheim viele Menschen Euerem Aufruf zur Demo gefolgt. Was hat dies bewirkt und wie haben sich die Situation und Euer Bündnis seitdem weiterentwickelt?**

An der Demonstration am 15. Februar beteiligten sich drei Musikwagen und ein Chor, dazu eine Initiative „Tax the rich“, die forderte, endlich Milliardäre angemessen zu besteuern: „Nur 2% Milliardärssteuer würde ausreichen, um alle sozialen und kulturellen Projekte problemlos zu finanzieren.“ Der lautstarke Zug sorgte für große Aufmerksamkeit in der Stadt. Einige Passant:innen schlossen sich spontan an und feierten mit.

Neben vielen Gesprächen mit Vertretern der Stadt hat diese Demonstration dazu beigetragen, dass das „Alter“ in diesem Sommer wieder öffnen kann, da es zu ei-

ner finanziellen Unterstützung durch die Stadt kommt (siehe Bericht im *Kommunalinfo* vom Februar).

Das Bündnis wird weiterarbeiten, voraussichtlich unter neuem Namen, und bei Bedarf kreative Aktionen im Stadtgebiet durchführen. Es kann nicht sein, dass für wachsende Militarisierung Milliarden von Euro ausgegeben werden und die Menschen mit ihren Bedürfnissen nach Beratung, Unterstützung und Kultur allein gelassen werden.

**Und zu guter Letzt: Wie können wir und unsere Leser:innen Euer Bündnis unterstützen?**

Letztlich hängt ganz vieles an der Woman-Power. Was für unser Bündnis wichtig ist: Informiert Euch, veröffentlicht und teilt Informationen zu Kürzungen, folgt unseren Aufrufen. So geben wir gemeinsam Menschen, die von Kürzungen betroffen sind, eine Stimme und sind solidarisch!

\* [Die Fragen für *Avanti*<sup>2</sup> stellte N. B.] ■



Demo gegen Haushalts-Kürzungen in Mannheim, 15. Februar 2025.

Foto: Privat.

# Aktionstag der IG Metall am 15. März

## Mehr als eine Eintagsfliege?

H. N.

Wie zu hören war, entstand die Idee zu diesem Aktionstag bei einer Betriebsrätekonferenz der IG Metall (IGM). Unter dem Motto „Dein Arbeitsplatz. Unsere Zukunft. Unsere Industrie.“ rief der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft daraufhin zu Demonstrationen und Kundgebungen in fünf Städten auf.

Die IG Bergbau, Chemie, Energie schloss sich dieser Initiative an. Nach offiziellen Angaben sollen 81.000 Kolleg:innen in Hannover, Köln, Leipzig, Frankfurt/Main und Stuttgart auf die Straße gegangen sein. Laut Mitteilung der IGM war dies „die größte öffentliche Aktion der Gewerkschaft seit Jahrzehnten“.

### Drei Kernforderungen

Als drei Kernforderungen der Gewerkschaft nannte der IGM-Vorstand:

1. Die Sicherung von Industriearbeitsplätzen „durch Investitionen in zukunftssichere Arbeitsplätze, neue Technologien und erneuerbare Energien – in jedem Betrieb, in allen Unternehmen, auf dem Land und in der Stadt“.

2. Die gerechte Finanzierung des industriellen Wandels durch Verteilung der Lasten „auf alle Schultern“ sowie durch „höhere Steuern für Reiche und eine Reform der Schuldenbremse“.

3. Soziale Sicherheit für alle, das heißt „sichere, gute Renten, faire Arbeitszeiten und ein funktionierendes Gesundheitssystem“ sowie die Förderung von Bildung und Stärkung von Aus- und Weiterbildung.

Ziemlich hilflos klang vor diesem Hintergrund die Ansage von Christiane Benner, der Ersten Vorsitzenden der IG Metall, bei der Kundgebung in Hannover: „Wir erwarten mehr von den Arbeitgebern. Sie bauen ab, kürzen, wollen verlagern und machen keine Anstalten, Innovationen oder Zukunft zu gestalten. Aber wir können Zukunft, wir können neue Technologien, wir können grüne Industrie. Und jetzt wollen wir das auch machen!“

Aber die „Arbeitgeber“ setzen laut Aussage der IGM doch „weiter auf alte Reflexe: Stellen abbauen, kürzen und verlagern“. Nötig sei „aber genau das Gegenteil: offensive Unternehmens-

strategien, die Innovation und Wachstum bringen, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen.“ Offenbar hat die IGM-Spitze noch nicht den Ernst der Lage verstanden.

### „Generalangriff auf Gewerkschaften“

Die Lage hatte der Soziologe Klaus Dörre am 18. Januar 2025 beim Neujahrsempfang der IGM Frankfurt wie folgt skizziert: „In Deutschland und der EU gibt es die Gefahr einer massiven Deindustrialisierung. Die Industrieproduktion ist in der gesamten EU eingebrochen.“

Diese Wirtschaftskrise ist laut Dörre teilweise inszeniert. Die derzeit vorherrschende Krisenbewältigung bedeute „ökonomisch anhaltende Stagnation, ökologisch eine Rolle rückwärts [...] [und] politisch [...] einen Generalangriff auf Gewerkschaften und Mitbestimmung.“

Sein Fazit: „Die vor uns liegenden Auseinandersetzungen entscheiden darüber, ob die Gewerkschaften als handlungs- und konfliktfähige Akteure erhalten bleiben.“

Die forcierte Deindustrialisierung, die Radikalisierung der kapitalistischen Diktatur der Zahlen, der aufhaltbare Aufstieg von Faschismus und Libertarismus, der neu entfachte Militarismus und die ungebremste Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen erfordern weit mehr als einen gewerkschaftlichen Aktionstag, viel mehr als die Unterstützung der Petition „Zukunft statt Kahlschlag“ und der bundesweiten Aktion „Flamme der Solidarität“, die mit der industriepolitischen Konferenz der IGM im September in Berlin enden soll.

### Kämpferische Gegenmacht jetzt

Mit anderen Worten: Es geht darum, ob vor allem die IG Metall aus der Sackgasse der Illusion der „Sozialpartnerschaft“ und des „Co-Managements“ wieder herausfindet.

Gegen die bedrohlichen Herausforderungen des entfesselten Kapitalismus ist dringendst eine Strategie der aktivierenden und kämpferischen Gegenmacht erforderlich. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für das Verbot von Entlassungen, für überbetriebliche Solidarität sowie für die gesellschaftliche Kontrolle und perspektivische Überwindung von Kapitalmacht müssen darin eine zentrale Rolle spielen. Erzwingungstreiks dürfen nicht weiter ein Tabu sein.

Angesichts des verschärften Rechtsrucks und seines Einflusses auf das Bewusstsein der arbeitenden Klasse ist die Entwicklung einer solchen Perspektive nicht nur für die IGM zwingend. Geschieht das nicht, droht in wenigen Jahren der Verlust der betrieblichen, tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Handlungsfähigkeit. Noch ist es Zeit für eine Kehrtwende. ■



IGM-Aktionstag in Frankfurt/M., 15. März 2025.

Foto: Privat.

# Betriebsversammlung als Mittel des Widerstands?

## Das Beispiel Alstom Power Mannheim (Teil I)

F. B.

Vor 20 Jahren, im Frühjahr 2005, sahen sich die Kolleginnen und Kollegen von Alstom Power Mannheim erneut mit Abbauplänen der Konzernleitung konfrontiert. Diese wollte mit fadenscheinigen Begründungen rund 900 Stellen streichen.

**G**anze Bereiche sollten geschlossen werden, obwohl sie maßgeblich zu den Gewinnen von Alstom beigetragen hatten und mit ihren Kompetenzen im gesamten Konzern einmalig waren. Andere Abteilungen sollten derart dezimiert werden, dass ihre weitere Existenz in Frage gestellt war.

Der Betriebsrat fürchtete zurecht, dass dies die vorletzte Stufe vor der Schließung des über 100 Jahre alten Betriebs sein sollte.

Im Mannheimer Werk arbeiteten damals rund 2.000 Menschen, zwei Drittel in den Büros und ein Drittel in der Fabrik. Hier wurden Turbinen und Generatoren für nichtnukleare Kraftwerke geplant und produziert.

Da für Betriebsrat und IG Metall-Vertrauenskörper Aufgeben keine Option war, suchten sie nach Möglichkeiten des gemeinsamen Widerstands.

### Widerstand statt Resignation

Nachdem die Pläne der Pariser Konzernleitung Ende März 2005 bekannt geworden waren, forderte der Betriebsrat das örtliche Management in einer Betriebsversammlung auf, Stellung zu beziehen. Als keine Antworten seitens der Geschäftsleitung kamen, wurde die Versammlung unterbrochen.

In einer Wochenendklausur hatte die IGM-Vertrauenskörperlleitung intensiv über das weitere Vorgehen beraten. Sie beschloss einmütig, eine in dieser Länge selbst im Käfertaler Werk noch nie gesehene Betriebsversammlung vorzubereiten.

In den darauffolgenden Tagen und Wochen informierten die IGM-Betriebsräte alle Abteilungen während der Arbeitszeit ausführlich über den Ernst der Lage. Sie motivierten die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen, sich aktiv auf die Fortführung der unterbrochenen Betriebsversammlung vorzubereiten.

Vom 25. bis zum 29. April 2005 wurde die Betriebsversammlung fortgesetzt. In einer mit Plakaten und Transparenten geschmückten Werkshalle widerlegte eine große Anzahl von Beschäftigten in Dutzenden von Redebeiträgen alle „Argumente“ der Konzernleitung. Sie zeigten den fast 2.000 Anwesenden nicht nur, wer den Laden am Laufen hielt, sondern welche konkrete Bedeutung ihre jeweilige Arbeit für das Unternehmen hatte.

Die unglaublich solidarische Stimmung wurde durch viele gemeinsame Aktionen während der Dauer der Versammlung noch gestärkt. Belegschaft, IGM-Vertrauenskörper und Betriebsrat zeigten eine bisher nicht erreichte Geschlossenheit und Kampfbereitschaft. Fünf Tage lang kontrollierten sie weitgehend das Geschehen im Betrieb.

### „Résistance - unsere Chance!“

Am Montag, dem ersten Tag der Fortsetzung der Betriebsver-

sammlung, fanden örtliche Solidaritätsaktionen der anderen deutschen Alstom-Power-Belegschaften statt. Am Dienstag und Mittwoch folgten Arbeitsunterbrechungen der Alstom-Beschäftigten im spanischen Staat und in Italien.

Der Konzernleitung musste spätestens jetzt klar geworden sein, dass das Mannheimer Motto „Résistance – unsere Chance!“ ernst zu nehmen war.

Am Donnerstag, dem vierten Tag, verließen die örtlichen Vorstände und ihr Anhang begleitet von Buhrufen und Pfiffen der Belegschaft die Betriebsversammlung. Angeblich wegen wichtiger Termine, in Wirklichkeit, um die Legitimität der Versammlung infrage zu stellen.

Am Ende jedes Tages beteiligten sich jeweils etwa 1.500 Kolleginnen und Kollegen an lautstarken Protestmärschen vom Käfertaler Werk aus in die Stadt. Höhepunkt war sicherlich die fünfte Demonstration für den Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze, an der sich insgesamt 3.000 Menschen beteiligten: Alstom-Kolleginnen und -Kollegen sowie ihre Familienangehörigen einschließlich einer großen Anzahl von Kindern aber auch Delegationen anderer Betriebe.

Am darauffolgenden Sonntag, dem 1. Mai, demonstrierten zum sechsten Mal in sieben Tagen große Teile der Belegschaft. Etwa 2.000 Alstom-Beschäftigte und ihre Familien prägten am 1. Mai die DGB-Demonstration und die anschließende Kundgebung in Mannheim. Darüber berichtete sogar die Tagesschau. (Teil II folgt in *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 129.)



Alstom-Demo gegen Abbau in Mannheim, 25. April 2005. Foto: Helmut Roos.

# Stehen wir vor einem neuen 1933?

HELMUT DAHMER

**Mit der von den knapp 12 Millionen Wählern der NSDAP, der damals stärksten Partei<sup>1</sup>, jubelnd gefeierten Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Präsidenten Hindenburg am 30. Januar 1933 begann die Wandlung der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit zu einer triumphalistischen Räuber- und Mörder-Gemeinschaft.**

**D**iese war bestrebt – und bald auch in der Lage –, um ihres Traums von einem „arischen“ Großreich zwischen Atlantik und Ural willen alles auszurotteten, was sich dem nicht fügte. Handele es sich dabei um viele Millionen Menschen oder um die kulturelle Überlieferung. Als dieser Traum zum Albtraum wurde und die Überlebenden zwischen Leichenfeldern und Ruinen ihrer eigenen Ohnmacht innewurden, flüchtete sich deren Mehrheit, von Angst und Schuld getrieben, ins große Vergessen.

Fortan versuchten sie und ihre Nachkommen, so zu leben, als hätte es die zwölf Jahre Hitlerdiktatur, als hätte es Krieg und Holocaust nie gegeben. An dieser *kollektiven Amnesie* krankt die deutsche Gesellschaft seit 1945. Was Menschen aber überwältigt, und was sie darum vergessen, was also ihrem Bewusstsein fernbleibt, kehrt unversehens, in verwandelter Gestalt, zurück.

Das Grauen, das der deutsche Faschismus (im Verein mit seinen Ablegern und Nachahmern) in die Welt brachte, übt, dem Wiederholungszwang folgend, auf nachfolgende Generationen eine unheimliche Faszination aus, selbst in Ländern, die den Nazis zum Opfer fielen. Und so treten immer wieder neue NS-Imitatoren, „Nachfolge-“ und „Wiederbetätigungs“-Organisationen, Attentäter und Wiedergänger (wie die Zwickauer NSU-Gruppe) auf, die unseren Zeitgenossen den alten Schrecken noch einmal vorspielen, von dem sie noch immer nichts wissen wollen und den sie darum auch nicht als solchen erkennen, geschweige denn bekämpfen können.

\*

Um zu verstehen, was 1933/34 geschah, muss man auf die Jahre 1918/19 zurückgehen, in denen die Weichen für Gründung und Untergang der Weimarer Republik gestellt wurden. Damals wurde der Erste Weltkrieg durch revoltierende Soldaten (Arbeiter, Angestellte, Bauern, Intellektuelle) beendet. Ihr Ziel war nicht

nur – wie es der Mehrheits-Sozialdemokratie vorschwebte – die Ablösung der Monarchie durch eine parlamentarische Demokratie, sondern deren Fundierung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, also durch Beseitigung der privaten Gutswirtschaft auf dem Lande und durch die öffentliche Kontrolle der Banken und der industriellen Produktion. Gegen eine solche radikale Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verbündeten sich noch im Augenblick der Revolution die Führung des kaiserlichen Heeres und die Mehrheits-Sozialdemokraten. Großkapitalisten finanzierten faschistische Stoßtrupps („Freikorps“), die im Verein mit der Armee (einem „Staat im Staat“) in einem mehrjährigen Bürgerkrieg gegen immer neue sozialistische Aufstandsversuche die Oberhand behielten.

Die prekäre parlamentarische Demokratie auf kapitalistischer Basis wurde dann – im Gefolge der großen Wirtschaftskrise von 1929 – auf wechselnde Präsidial-Diktaturen reduziert, deren letzte vom Reichspräsidenten und den bürgerlichen Parteien dem gescheiterten Putschisten Hitler anvertraut wurde. Dieser verfügte mit der SA über eine Privatarmee und ließ binnen weniger Monate die Arbeiterorganisationen sowie seine Gegner und Konkurrenten liquidieren.

\*

Vergleiche gegenwärtiger mit historischen Situationen und Prozessen sind für das Verständnis von Vergangenheit und Gegenwart – vor allem für die Erkenntnis der in der Gegenwart fortwirkenden Vergangenheiten – unentbehrlich. Sie ermöglichen das Lernen aus früheren Situationen, in denen Krisen sich zu Katastrophen auswuchsen oder, seltener, die damals lebenden denkenden und leidenden Menschen rechtzeitig einen Ausweg fanden.

Der Wunsch, die vieldeutige Gegenwart (und unsere Gefährdungen und Möglichkeiten darin) zu begreifen, leitet die Suche nach früheren, mehr oder weniger der unseren „entsprechenden“ Situationen der Lebens- und Sozialgeschichte. Erst im Vergleich werden auch die Unterschiede kenntlich, auf die es für das Verständnis der heutigen Verhältnisse und für das Handeln unter diesen Umständen ankommt.

„Faschismus“ dient als nationalistisch-fremdenfeindliche Ideologie und als politische Bewegung zur politischen „Säuberung“ und Homogenisierung der Bevölkerung von Nationalstaaten. Seine Funktion war und ist die Verteidigung der kapitalistischen Profit-Wirtschaft durch Beseitigung der parlamentarischen Demokratie (mit Verfassung, Gewaltenteilung, Menschenrechtsgarantien und Parteien-Konkurrenz). An deren Stelle soll ein „autoritäres“ Regime (mit Ein-Partei-Diktatur und Gleichschaltung der drei Gewalten) treten, das zur oligopolistischen Wirtschaftsstruktur nicht in Gegensatz steht, sondern ihr *entspricht*.



Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

\*

Ähnlich wie in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts mutieren gegenwärtig – im Gefolge der globalen Finanzkrise von 2008 – mehr und mehr parlamentarische Demokratien zu solchen autoritären Regimen. Das bedeutendste Beispiel dafür bieten die USA, die mächtigste Wirtschafts- und Militärmacht der Gegenwart, deren politischer Überbau sich vor unseren Augen in eine „plebiszitäre Führerdemokratie“ verwandelt (wie Max Weber sie beschrieb). Wie in Deutschland vor 90 Jahren setzt sich die vordemokratische Struktur der international operierenden Banken und Konzerne gegenüber dem demokratischen Überbau durch und schaltet ihn gleich. CEOs werden zu Präsidenten oder soufflieren ihnen im Küchenkabinett, was zu tun ist: Künftig soll der Staat „effizient“ wie ein Konzern arbeiten und ein Aufsichtsrat das Parlament ersetzen ...

\*

Die 2013, im Gefolge der großen Finanzkrise, gegründete „Alternative für Deutschland“ hat sich in wenigen Jahren zu einer „rechtsextremen“, also faschistischen Partei entwickelt, die gegenwärtig etwa 50.000 Mitglieder zählt und in den jüngsten Wahlen zur zweitstärksten Partei (hinter der CDU/CSU) geworden ist. 10 Millionen Menschen (und 20 Prozent der Erstwählenden) haben 2025 für deren „Kanzlerkandidatin“ Alice Weigel gestimmt.

Sie hatte ihren jubelnden Anhängern auf dem Parteitag in Riesa (im Januar 2025) für den Fall eines Wahlsiegs mit geballter Faust zwei Sofortmaßnahmen versprochen, die zweifellos deutsche Menschen „glücklich“ machen und ihre Probleme lösen würden. Zum einen sollen sämtliche (29.000) Windkraftanlagen zerstört werden, die „ihr“ Heimatland verschandeln, zum anderen werden Millionen Menschen, die nicht zu „uns“ passen, weil sie keine deutschen Großväter haben und mangelhaft „integriert“ sind, des Landes verwiesen, zur „Re-Migration“ gezwungen werden ...

In Deutschland müsste das Drehbuch des Aufstiegs einer faschistischen Partei – mit Unterstützung durch Finanz- und In-

dustriekapitalisten und mit Rückendeckung der Armee – sowie dasjenige des Ausbaus ihrer Terrorherrschaft wohlbekannt sein. Es wird aber angestrengt vergessen, und Interessenten sprechen sich dezidiert dagegen aus, aus dieser fatalen Geschichte Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Die Faschisten aber tun eben das – freilich auf ihre Weise. Sie wissen, dass ihre Stunde kommt, wenn die Instanzen und Verteidiger der parlamentarischen Demokratie bei der Krisenbewältigung versagen.

\*

Weder Sozialdemokraten, noch Gewerkschafter rechnen derzeit mit einem möglichen Kollaps der parlamentarischen Demokratie oder mit der Möglichkeit ihrer Transformation nach amerikanischem (oder ungarischem) Muster. Keiner von ihnen hat bisher eine Demokratisierung der Wirtschaft zwecks Stabilisierung von deren demokratischem Überbau vorgeschlagen.

Einzig die Millionen Menschen, die in zwei Wellen 2024 und 2025 spontan auf den Straßen und Plätzen der größeren deutschen Städte gegen die Deportations-Vorhaben der AfD und gegen die (erste) Abstimmungs-Allianz von Christdemokraten und „Alternativen“ im Bundestag protestiert haben, taugen zur Verteidigung der Republik.

Jetzt kommt es darauf an, diese antifaschistischen Proteste nicht verpuffen zu lassen, sondern zu steigern und in einer solidarischen Front zu organisieren. „1933“ bleibt das Risiko parlamentarischer Demokratien, doch noch können wir die Wiederkehr einer solchen Katastrophe verhindern.

(Wien, 17.03.2025)

#### Endnote

<sup>1</sup> Für die Hitler-Partei stimmten bei den letzten freien Wahlen im November 1932 11,7 Millionen (was etwa einem Drittel der Wähler entsprach). SPD und KPD kamen gemeinsam (mit 7,2 und 5,9 Millionen Stimmen) auf etwa 37 Prozent, was ihnen aber nichts nützte, da sie einander wechselseitig für ihren „Hauptfeind“ hielten und darum eine „Einheitsfront“ gegen die Rechte ausschlossen. ■

## „Widerstand statt ‚Brandmauer‘?“

### Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar in Mannheim

Samstag, 26.04.25, 13:30 - 18:30 Uhr

Die faschistische Bedrohung ist weiter angewachsen. Der Erfolg der AfD bei den Bundestagswahlen ist untrennbar mit der fortgesetzten Brutalisierung des neoliberalen Kapitalismus verbunden. Eine künftige Bundesregierung Merz droht, den scharfen Rechtsruck weiter zu verstärken. Zunächst wird sie noch ohne direkte Mitwirkung der AfD die bereits von Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ beschleunigen.

Die von Merz Ende Januar 2025 billigend in Kauf genommene Unterstützung der AfD für seine heuchlerischen Anträge gegen die „irreguläre Migration“ haben deutlich gemacht, dass es auch im Bundestag keine parlamentarische „Brandmauer“ gibt. Erfreulicherweise hat das Manöver von Merz die antifaschistischen Massenproteste neu belebt und nebenbei die parlamentarische Wie-

derauferstehung der LINKEN ermöglicht.

Diese von Merz nicht einkalkulierten Folgen sind sehr erfreulich, aber es bedarf weit mehr als Demos und Wahlerfolge, um den Rechtsruck bekämpfen und den Faschismus besiegen zu können.

Wir wollen auf die Frage „Widerstand statt ‚Brandmauer‘?“ bei unserem Frühjahrsseminar gemeinsam nach Antworten suchen. Im Anschluss an das Seminar möchten wir den Tag zusammen ausklingen lassen.

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme und bitten aus organisatorischen Gründen um verbindliche Anmeldung. Entweder direkt bei unseren Aktiven, per Brief an ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110, 68026 Mannheim, per Tel./Fax 0621/42948154 oder per E-Mail an info@iso-rhein-neckar.de ■

# Auch in Frankreich: Gegen den Militarismus eintreten!

M. G.

**In den internationalen Beziehungen werden zunehmend alle weltweit geltenden Rechtsgrundsätze durch brutale militärische Gewalt ersetzt.**

**D**ies ist der Fall in der Ukraine. Dort ist am 24.02.2022 die russische Armee auf Befehl der reaktionären Putin-Autokratie unter Missachtung des Völkerrechts einmarschiert. Sie führt bis heute einen entsetzlichen Krieg. Ihm sind schon hunderttausende Soldaten und Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer gefallen. Sexuelle Gewalt und Folter von Gefangenen sind weit verbreitet.

Auch im Fall des Krieges im Nahen Osten spielen das Völkerrecht und andere internationale Regelungen praktisch keine Rolle. In Israel hat das rechtsextreme Regime Netanjahus den verbrecherischen Überfall der Hamas und anderer am 7.10. 2023 als willkommenen Anlass genutzt, um einen völkermörderischen Krieg in Gaza zu starten.

Die israelische Führung hat zugleich die Kolonisierung im Westjordanland intensiviert. Sie hat ihre Armee in den Libanon und sogar in Syrien einmarschieren lassen. Zu alledem wird sie dabei von der „westlichen Gemeinschaft“ nicht nur politisch gedeckt, sondern auch massiv mit Waffen, Munition und Geheimdienstinformationen unterstützt.

Vor allem tragen die USA seit sehr langer Zeit eine besondere Verantwortung für die Militarisierung der Welt. Es sind die aufeinander folgenden US-Regierungen, die es dem Staat Israel seit Jahrzehnten ermöglichen, gegen UN-Resolutionen zu verstoßen, und die den entscheidenden Beitrag zur Bewaffnung von Israels Armee leisten. Vom Irak bis Afghanistan waren die USA in den letzten Jahrzehnten die größten Kriegstreiber der Welt.

## Militarismus führt in den Abgrund

Mit der Wahl Trumps hat der US-Imperialismus eine neue Stufe erreicht. Die USA bedrohen nun ihre Nachbarn, von Grönland über Kanada und Mexiko bis hin zu Panama. Trump leugnet die Rechte der ukrainischen Bevölkerung und unterstützt den

russischen Überfall. Trump und Putin sind also dabei, in der Welt das „Recht des Stärkeren“ als allein gültiges Gesetz durchzusetzen.

Um Trumps aggressiver Politik zu begegnen, schlägt der französische Staatspräsident Macron vor, Frankreich und Europa massiv aufzurüsten. Er erhöht das Militärbudget drastisch und will die französischen Atomwaffen in ganz Europa einsetzen.

Diese Politik kommt den Macronisten sehr gelegen, denn sie ermöglicht ihnen die Rechtfertigung ihrer Politik der Zerschlagung öffentlicher Dienstleistungen und des Sozialabbaus. Wie in anderen Staaten propagieren sie, dass die große Mehrheit den Gürtel enger schnallen muss, damit die Rüstungsfabriken auf Hochtouren laufen und die dort erzielten Profite noch weiter steigen können.

Macrons Politik beruht auf einer Lüge: Noch nie hat die Explosion der Militärausgaben den Frieden gesichert. Der Aufbau eines dauerhaften Friedens kann nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Recht erfolgen. Durch die Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, und zwar sowohl in der Ukraine als auch in Palästina, könnten die Grundlagen für eine sozial und ökologisch gerechte sowie demokratische Ordnung geschaffen werden. Ohne diese Grundlage kann und wird es keinen dauerhaften Frieden geben.

Die militaristische Flucht der Kriegstreiber nach vorne ist eine Folge der aktuellen Krisen des kapitalistischen Systems. Einerseits ist die Kriegsindustrie eine Möglichkeit, die Wirtschaft anzukurbeln, und andererseits erleben wir einen Kampf um eine Neuordnung der von den verschiedenen imperialistischen Mächten kontrollierten Räume.

## Abrüstung und Umbau der Kriegsindustrie

Der Militarismus hat noch nie ein anderes Ergebnis gehabt, als Kriege vorzubereiten und letztendlich auch zu führen. Aus diesem Grund hat sich die internationalistische Arbeiterbewegung stets für eine konsequente Abrüstungspolitik eingesetzt. Heute muss sich diese Position insbesondere in der Forderung des Verbots von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen niederschlagen. Außerdem gilt es, sich für den Umbau der Rüstungsproduktion einzusetzen und für die Herstellung ziviler, sozial wie ökologisch sinnvoller Güter statt von Gerät für den Massenmord.

Nicht durch die Erhöhung der Militärbudgets, sondern im Gegenteil durch deren Senkung wird es in Frankreich wie anderswo möglich, mit der Kriegslogik zu brechen. Dadurch können enorme finanzielle Mittel freigesetzt werden, um die elementaren Grundbedürfnisse der Bevölkerung (Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Klima, Bildung und Kultur ...) zu befriedigen. Um diese Perspektive durchsetzen zu können, bedarf es allerdings auch in Frankreich des Aufbaus einer starken, vor allem in der Arbeitswelt verankerten Antikriegsbewegung. ■



Demo zum Internationalen Frauentag in Strasbourg, 8. März 2025.

# Nach den Wahlen – Grundrechte verteidigen

## ISO-Infoabend zur Bundestagswahl

R. G.

**Am 24. Februar 2025 fanden die Wahlen zum 21. Deutschen Bundestag statt. Aufgrund dessen waren der Wahlausgang und seine mögliche Folgen Thema des ISO-Infoabends Ende Februar.**

In seinem informativen Vortrag ordnete unser Referent das Wahlergebnis in die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung ein. Dabei skizzierte er drohende politische Entwicklungen und formulierte am Ende konkrete Vorschläge für den notwendigen Widerstand.

### Deutschland rückt weiter nach rechts

Diese Wahlen brachten den massiven gesellschaftlichen Rechtsruck der letzten Jahre und Monate auch auf Wahlebene zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den Wahlen von 2021 gibt es nur noch wenige Wahlkreise, die die SPD, die Grünen oder die Linke gewinnen konnten.

Die CDU/CSU hat zwar ihr historisch zweitschlechtestes Ergebnis erzielt, aber dennoch die Wahlen deutlich gewonnen. Mit ihrem Rechtskurs unter Merz/Söder konnte sie im Westen Deutschlands den Großteil der Wahlkreise für sich entscheiden. Der Aufstieg der AfD hat sich fortgesetzt. Sie stellt jetzt die zweitstärkste Parlamentsfraktion. In den „neuen“ Bundesländern hat sie nahezu alle Wahlkreise gewonnen, in manchen Orten mit fast 50 % der Zweitstimmen. Aber auch im Westen hat sie sich etabliert. In einzelnen Wahlkreisen oder Städten wurde sie sogar stärkste Kraft. So zum Beispiel in Kaiserslautern.

Insbesondere unter Arbeiter:innen, Angestellten und Erwerbslosen wird der Rechtsruck deutlich. Die arbeitende Klasse hat nicht die SPD oder die Linke gewählt, sondern mit knapper Mehrheit CDU/CSU oder AfD.

Bereits kurz nach der Wahl wird deutlich, dass der politische Rechtskurs verschärft wird. Es drohen weitere Angriffe auf das ausgehöhlt Asylrecht, massive Aufrüstung, verstärktes Bedienen der Profitinteressen des Kapitals sowie der weitere Abbau sozialer Sicherungssystem und öffentlicher Dienstleistungen.

### Mobilisierungen gegen Rechts

Dennoch gibt es Hoffnung. Anlässlich des Merz-Coups Ende Januar gab es vor den Wahlen großartige Mobilisierungen gegen Merz und gegen rechts. Dies hat zwar weder der AfD noch der CDU/CSU massiv geschadet, aber es hat zur Stärkung der Linken und deren neuerlichen Einzug ins Parlament beigetragen.

Doch solche Mobilisierungen werden nicht ausreichen, um die Rechtsentwicklung zu stoppen. Vielmehr muss die Ursache dieser Entwicklung bekämpft werden: der neoliberale Kapitalismus. Dazu sind – ähnlich wie in Frankreich mit der Neuen Populären Front – gemeinsame Absprachen der antifaschistischen Kräfte und Parteien notwendig. Dazu muss in Betrieb

und Gewerkschaft Widerstand gegen die Kapitalangriffe und den Rechtsruck entwickelt werden. Und die Mosaik-Linke muss endlich gemeinsam in einer breiten solidarischen Front aktiv werden.

### Lebendige Diskussion

Der einleitende Vortrag gab zahlreiche Impulse für die Diskussion. Entsprechend wurden viele Aspekte des Wahlergebnisses und der aktuellen politischen Situation angesprochen.

So wurde der Erfolg des Neoliberalismus bei der Zerstörung von Klassenbewusstsein und Solidarität thematisiert, ebenso wie die Schwierigkeit, im betrieblichen Umfeld Widerstand zu entwickeln.

Nicht zuletzt wurde auch die politische Bedeutung von Wahlen und von Parlamenten diskutiert. Denn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können nur außerhalb der Parlamente verändert werden. Das hat in den letzten Jahren gerade auch die extreme Rechte gezeigt.

Nicht vergessen wurden aber auch die positiven Entwicklungen. So wurde die Linkspartei bei den Erstwähler:innen die stärkste Kraft und fast zwei Millionen Menschen haben gegen Merz und die Rechte demonstriert.

Angesichts des Wahlsiegs der politischen Rechten war unser gelungener Infoabend wichtig, um den Wahlausgang politisch einordnen und gemeinsam die Herausforderungen und Möglichkeiten des Widerstands diskutieren zu können. ■



Protest gegen Rechts in Mannheim, 22. Februar 2025.

Foto: Helmut Roos.

## Vor 500 Jahren: Der Deutsche Bauernkrieg (III)

E. B.

**Die schnelle Ausbreitung der „Revolution des Gemeinen Mannes“ im Frühjahr 1525 wurde nicht ausschließlich von Bauern, sondern auch – in geringerem Umfang – von Stadtbewohnern und Bergleuten getragen.**

Zunächst waren Hochadel und katholischer Klerus in Süddeutschland von der Wucht der Erhebungen gegen ihre Herrschaft überrumpelt. Aber schon bald rüsteten die im Schwäbischen Bund zusammengeschlossenen Adligen zum blutigen Krieg gegen die Aufständischen. Für die Finanzierung einer Armee von 9.000 Landsknechten und 1.500 gepanzerten Reitern sorgte der mächtige Fugger-Clan aus Augsburg, der ein großes, europaweit tätiges Handels-, Montan- und Bankenunternehmen kontrollierte.

Der militärische Führer dieser Streitmacht, Truchseß Georg von Waldburg-Zeil („Bauernjörg“), war beauftragt, die meist nur mit primitiven Waffen (Sensen, Spieß, Morgensterne ...) ausgerüsteten Bauern brutal niederzuwerfen.

Am 4. April 1525 fand die erste große Schlacht bei Leipheim statt, die mit der blutigen Niederlage des *Leipheimer Haufens* und der Hinrichtung seiner Führer endete.

Am 13. April musste sich das von Waldburg-Zeil kommandierte Heer jedoch vor dem kampfstarken *Seehaufen* der Aufständischen wieder zurückziehen. Am 14. April stieß es bei Wurzach auf den viel schwächeren *Allgäuer Haufen*. Nach Scheinverhandlungen gab der Truchseß den Befehl zum Angriff, dem viele Bauern zum Opfer fielen.

Waldburg-Zeil führte auch danach konsequent seine Vernichtungsstrategie fort. Bei Bedarf ergänzte er sie wie am 17. April um taktische Verhandlungen. Im damals abgeschlossenen Vertrag von Weingarten machte er der großen militärischen Übermacht vor allem des *Seehaufens* vermeintliche Zugeständnisse, um später eine Gelegenheit zu dessen Eliminierung finden zu können.

Die Führer des *Seehaufens* hingegen ver-

passten damals eine einmalige Möglichkeit, die Truppe des Schwäbischen Bundes vernichtend zu schlagen. Diesen Fehler mussten die Aufständischen in der Folgezeit teuer bezahlen. ■



Bild: Kolorierte Zeichnung von 1550. (Gemeinfrei).

Verbrennung des Bauernführers Rohrbach, 1525.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 10.04.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- DO, 17.04.2025, 19:00 Uhr, „Der Kampf um die Lohfortzahlung im Krankheitsfall“, Infoabend der ISO Rhein-Neckar MA
- SAM, 19.04.25, 13:00 Uhr, Ostermarsch Mannheim, Demo ab Kapuzinerplanken/O5 (Auftakt), 14:30 Uhr, Abschlusskundgebung Alter Meßplatz, MA
- MO, 21.04.25, 15:00 Uhr, Ostermarsch Mannheim, Kundgebung an den Coleman Barracks, MA
- SAM, 26.04.2025, 13:30 Uhr, „Widerstand statt ‚Brandmauer‘?“, Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar, MA

#### Vorschau

- DO, 01.05.2025, 10:00 Uhr, 1. Mai-Demo des DGB, ab Gewerkschaftshaus MA
- DO, 01.05.2025, 11:00 Uhr, 1. Mai-Kundgebung des DGB, Marktplatz MA
- DO, 01.05.2025, 15:00 Uhr, 1. Mai-Kundgebung des DGB, Weinheim
- MI, 07.05.2025, 19:30 Uhr, Kulturabend zum 80. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, Cinema Quadrat, K1,2, MA
- SAM, 10.05.2025, 14:00 Uhr, Abfahrt zur Spurensuche „500 Jahre Bauernkrieg“, Friedensbüro, Speyerer Str. 14, MA



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VfSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de  
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn  
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

